

Quelle: DER SPIEGEL 18.04.2011

MEDIZIN

Giftige Geschäfte

Von Ludwig, Udo; Mertin, Ansgar; Schmid, Barbara

Eine Tochter des US-Konzerns Johnson & Johnson hat weltweit künstliche Hüftgelenke zurückgerufen. Doch viele der 5500 deutschen Patienten wissen noch gar nichts davon.

Auf dem Esstisch von Martha Hussung stehen acht Flaschen Mineralwasser, daneben liegen mehrere Packungen mit Schmerztabletten. Das Wasser hat ihre Tochter Karin vor zwei Tagen dort hingestellt. Die 74-Jährige braucht diesen Vorrat, denn allein kann sie die Flaschen nicht mehr tragen.

Martha Hussung schaut die Flaschen an und legt den Kopf in die linke Hand. "Das Leben ist sooo langweilig geworden", sagt die ehemalige Postangestellte dann, "ich häng hier rum wie ein Krüppel, eigentlich ist das kein Leben mehr."

Vor fünf Jahren noch war Martha Hussung eine vitale Frau. Sie wanderte, machte Gymnastik, fuhr Auto. Dann tat auf einmal die linke Hüfte weh, eine Arthrose. Sie erhielt ein künstliches Hüftgelenk.

Die Ärzte bauten ihr eine Prothese der Firma DePuy ein, einer Tochter des amerikanischen Weltkonzerns Johnson & Johnson. Das hätten sie besser nicht gemacht, denn das Produkt hat offenbar Mängel. Und zwar nicht nur im Fall von Martha Hussung, sondern bei vielen Menschen überall in der Welt.

Tausende Prothesen sind inzwischen wieder herausoperiert worden; die Firma hat das Modell vom Markt genommen. Allein in Deutschland wurden in 157 Krankenhäusern 5500 dieser DePuy-Implantate eingesetzt. Fachleute rechnen damit, dass die meisten irgendwann vorzeitig ausgetauscht werden müssen. Es geht um Kosten in dreistelliger Millionenhöhe. Die Affäre könnte sich zu einem der größten Schadensfälle der deutschen Medizingeschichte entwickeln.

In aller Stille verhandelt Johnson & Johnson nun mit deutschen Krankenkassen, um die Fälle zu regulieren. Dabei wissen viele Betroffene noch gar nicht, dass ihr künstliches Hüftgelenk vorzeitig wieder ausgetauscht werden muss. Und kaum jemand hat Interesse daran, es ihnen zu sagen.

Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern gab es bisher in Deutschland kein flächendeckendes Register für diese Prothesen. Dabei fordern Ärzte schon seit Jahren eine solche Übersicht, um die Opfer unterschiedlicher Schrottplöcher schnell erreichen zu können. Doch bislang scheiterte das am Geld und am Datenschutz.

In kaum einem Land wird das Hüftgelenk so häufig ausgetauscht wie in Deutschland. Rund 210 000 Deutsche erhalten jährlich eine Prothese. Die Krankenhäuser verdienen sehr gut an den Eingriffen, und so wird zu häufig, zu früh und zu oft von unerfahrenen Ärzten operiert. Und weil immer mehr künstliche Hüften eingesetzt werden, gibt es auch immer mehr Beschwerden. In manchen Krankenhäusern, hat Wilfried Jacobs, Chef der AOK Rheinland/Hamburg, festgestellt, "erreichen die Komplikationsraten bis zu 40 Prozent".

Mit dem Boom, der die Kassen Jahr für Jahr zwei Milliarden Euro kostet, drängen ständig neue Produkte auf den Markt. Sie versprechen Fortschritt, bewirken aber oft das Gegenteil. So klagen noch immer über hundert humpelnde Deutsche auf Schadensersatz. Die Mediziner hatten ihnen sanfte und akkurate Operationen mit dem OP-Computer Robodoc versprochen.

Auch DePuy bot angeblich etwas Besonderes. Die sogenannte Oberflächenersatzprothese benötigt keinen Schaft. Sie wird wie eine Zahnkrone befestigt. Große Gleitflächen aus Metall sollen die Last auf das neue Gelenk mindern und den Knochen des Oberschenkels schonen.

Doch die Realität hatte mit den Katalogversprechungen nicht viel zu tun. Vor einem Jahr musste Johnson & Johnson in einem Brief an verschiedene Krankenhäuser einräumen, neuere Daten aus Großbritannien hätten gezeigt, dass mehr Gelenke als erwartet wieder ausgebaut werden müssten. Wenige Monate später, im September, nahm der US-Konzern die Prothese dann ganz vom Markt.

Im Auftrag einiger Mandanten hat der Berliner Rechtsanwalt Jörg Heynemann ein Gutachten erstellt. Der Medizinrechtler vertritt seit Jahren Patienten, die durch fehlerhafte Hüftgelenke geschädigt wurden. Mit seiner Kollegin Annika Zumbansen ackerte er sich durch die Prothesenregister mehrerer Länder.

Bald stellte sich heraus, dass die "Revisionsrate", also die Quote von Patienten, die erneut unters Messer mussten, bei DePuy ungewöhnlich hoch ist. In Australien etwa stieg sie für den Zeitraum von fünf Jahren auf über 13 Prozent. Eine Rate, die frühestens nach zehn Jahren erwartet wird. Deshalb stoppte die Firma den Verkauf dort schon 2009.

Warum hat die Firma zunächst nur in Australien reagiert und nicht in Deutschland? "Sie haben Tausende Patienten aus Profitgier ins offene Messer laufen lassen", sagt Heynemann. Im Auftrag von Martha Hussung hat der Anwalt Anfang April bei der Staatsanwaltschaft Saarbrücken Strafanzeige erstattet. DePuy entgegnet, sie hätten sofort reagiert, als erhöhte Revisionsraten bekannt geworden waren.

Die Frau aus Riegelsberg bei Saarbrücken hat es besonders schwer erwischt. Ihr operiertes Bein ist fünf Zentimeter kürzer geworden, und sie hat Lymphdrüsenkrebs. Sie bekommt Blutpräparate. Eine neue Hüftoperation wäre unter diesen Umständen lebensgefährlich. "Ich bin in einem Teufelskreis, aus dem ich nicht mehr herauskomme", sagt sie.

Aber auch für jüngere Patienten sind die Folgen dramatisch. Konstantin Huber, 26, aus Schwandorf benötigte nach einem schweren Verkehrsunfall ein künstliches Hüftgelenk. Die Ärzte bauten ihm eine DePuy-Prothese ein, die jetzt eventuell wieder rausmuss. "Das Ganze belastet mich extrem", sagt Huber. Die künstlichen Gelenke halten nicht ewig. Maximal drei Eingriffe dieser Art verträgt der menschliche Knochen. Patienten wie Huber, die bereits in jungen Jahren zweimal operiert wurden, droht der Rollstuhl.

Ein Problem der DePuy-Gelenke ist der Metallabrieb. Die kleinen Metallteilchen können Entzündungen auslösen, der Knochen droht irgendwann zu brechen. Durch Verschleiß kann es zudem zu Fehlstellungen des Gelenks kommen. Das Implantat lockert sich.

Die Folgen seien "Schmerzreaktionen" und "Revisionsoperationen", schreibt Ulrich Holzwarth, ein Sachverständiger für Chirurgische Implantate. Zudem werden durch den Abrieb giftige Kobalt- und Chrom-Ionen freigesetzt. Bei einigen Patienten ist der Wert um 300 Prozent erhöht. Von einem Konstruktionsfehler will DePuy nicht sprechen, die Gründe für Probleme seien "generell vielschichtig".

Für die Betroffenen ist es deshalb schwierig, eine Entschädigung zu bekommen. In Freiburg kämpfen in einem ähnlichen Fall einige hundert Hüftkranke seit Monaten um Anerkennung. Es geht zwar um einen anderen Hersteller, aber um das gleiche System einer Oberflächenprothese. Die betroffene Firma Zimmer behauptet nach wie vor, die "Gründerkrankung" der Patienten und die "fehlerhafte Operationstechnik" der Ärzte seien für die Schwierigkeiten der Patienten verantwortlich. Die KKH Allianz hat nun eine Regressklage gegen Zimmer angestrengt. Sie fordert für vier Patienten 38 635 Euro Schadensersatz für entstandene Aufwendungen und 11 000 Euro für zu erwartende Folgekosten.

In Deutschland können sich die Hersteller bisher vergleichsweise einfach der Haftung entziehen, weil es noch kein funktionierendes Prothesenregister gibt. Firmen wie Zimmer oder DePuy benachrichtigen zwar in der Regel die betroffenen Krankenhäuser. Aber den Patienten ist damit noch nicht geholfen, denn nicht alle Häuser geben die Informationen an die Betroffenen weiter. Um ihren Schaden möglichst gering zu halten, versuchen die Hersteller zudem, hinter dem Rücken der Patienten mit Kassen und Krankenhäusern einen Deal abzuschließen.

So sollte sich die Freiburger Loretto-Klinik, die 750 Zimmer-Prothesen verbaut hatte, nach einer "Vertraulichkeitsvereinbarung" zu Stillschweigen verpflichten. DePuy hat einer großen deutschen Krankenkasse als Ausgleich für die entstandenen Kosten einen Millionenbetrag angeboten - unter der Bedingung, dass der Deal nicht bekannt wird. Die Patienten, sagte Anwalt Heynemann, "werden so ein zweites Mal bestraft". Denn für sie wird es immer schwieriger, Schmerzensgeld und Schadensersatz einzufordern. Auf Nachfrage des SPIEGEL versichert DePuy, man würde den Patienten die Unterstützung geben, die sie benötigen. Die Firma habe etwa eine Hotline für Hilfesuchende eingerichtet.

Generell würden Prothesenregister den Schutz der Patienten deutlich erhöhen. Nachdem bislang alle Anläufe für ein Gesetz gescheitert sind, will die nordrhein-westfälische Gesundheitsministerin Barbara Steffens nun einen neuen Vorstoß wagen. "Es gibt extrem defizitäre Materialien, und die Patientinnen und Patienten erfahren zu spät oder gar nichts davon", sagt die Grünen-Politikerin.

Eine Tochtergesellschaft der Deutschen Gesellschaft für Orthopädie ist momentan dabei, in Zusammenarbeit mit der AOK, den Ersatzkassen und der Industrie ein freiwilliges Register aufzubauen. So würden zumindest jene Krankenhäuser auffallen, die besonders schlechte Ergebnisse abliefern. "Das ist ein guter Anfang. Dennoch muss es ein Register geben, das alle Endoprothesen und alle Kassen einbindet, wenn es anders nicht geht, staatlich unterstützt", sagt Ministerin Steffens.

Für Martha Hussung kommt diese Initiative ohnehin zu spät. Dass sie Opfer eines offenbar fehlerhaften Medizinprodukts geworden ist, hat sie aus der Zeitung erfahren. Mittlerweile weiß sie, dass ihr die letzten Jahre ihres Lebens zur Qual werden. DePuy hat ihr geschrieben, die Mehrzahl der Hüftoperationen sei erfolgreich gewesen, Nachuntersuchungen wie bei ihr würden "lediglich vorsorglich erfolgen". Zweimal hat sie sich in der Knappschaftsklinik Püttlingen, wo sie operiert worden war, das Blut abnehmen lassen. Die Konzentration der Metall-Ionen ist um ein Vielfaches erhöht.

Entschuldigt hat sich bisher niemand. DePuy nicht, das Krankenhaus nicht, der operierende Arzt nicht und der Chefarzt schon gar nicht. "Die habe ich bis heute kein einziges Mal gesehen", sagt sie.